

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2,- M., bei Zustellung unter Streifenband 2,- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Monaten der Postzeitungsliste für 1919 eingetrag.

Inserate kosten die achteigste, Nonparillstelle oder deren Raum 120 M., Wortanzeigen das festgedruckte Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Leerzeilenpreis 50 Pf. Familien- und Vereinsabonnementspreise (jährlich) der Zustellung frei. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9769

FREIHEIT

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Wiederaufnahme des deutsch-englischen Handels

Aufhebung des englischen Handelsverbots.

Haag, 29. Juli.

Aus London wird gemeldet: Im englischen Unterhause teilte Calamdworth mit, daß der Handel mit Deutschland wieder aufgenommen werden dürfe. Die Wiederbefreiung der Konsularposten in Deutschland werde jedoch nicht vor der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen erfolgen.

85 Milliarden als erste Entschädigung.

Haag, 29. Juli.

Nach einer Neutermelbung aus Paris sollen die Alliierten die erste finanzielle Anforderung an Deutschland für den Jahresabschnitt 1919 bis 1920 auf 85 Milliarden festgesetzt haben.

Keine formelle Anerkennung Kollisions.

Amsterdam, 29. Juli. (T. U.)

Aus London wird vom 28. Juli gemeldet: Im Unterhause hat Garmsworth in Antwort auf eine Frage mitgeteilt, daß es falsch sei, die Sache so darzustellen, als hätte die Regierung Kollisions formell von den Alliierten anerkannt worden sein. Der Betrag von 82 Millionen Rubel in Gold, welchen die Bolschewisten nach dem Vertrage von Brest-Litowsk ausbezahlt haben und der dann für Rechnung der Alliierten in Frankreich deponiert wurde, sei nicht zur Verfügung Kollisions und Denikins gestellt worden.

Die belgischen Sozialisten erkennen den Friedensvertrag an.

T.U. Amsterdam, 29. Juli.

Eine Brüsseler Meldung vom 28. Juli besagt: Der allgemeine Rat der belgischen Arbeiterpartei hat beschlossen, daß die sozialistischen Parteimitglieder und Senatoren für den Friedensvertrag stimmen werden und diese Haltung mit einer gemeinschaftlichen Erklärung motivieren, die betreffs bestimmter Punkte einen Vorbehalt machen wird.

Hebung versenkter deutscher Schiffe in Stapa Flow.

Haag, 29. Juli.

Holländisch Neuchâteau meldet aus London: Es wird mitgeteilt, daß das Schlachtschiff „Baden“, die drei leichten Kreuzer „Emden“, „Frankfurt“ und „Rürnberg“ und 17 Torpedojäger in Scapa-Flow gehoben worden sind. Wahrscheinlich wird es nun noch gelingen, die „Göndenburg“ zu heben. Die anderen Schiffe werden als verloren betrachtet.

Annahme der jüdischen Vorschläge.

Frankfurt a. M., 29. Juli.

Die jüdische Pressezentrale Jüdisch teilt mit: Der Londoner Korrespondent des Stockholmer jüdischen Referatsbüros erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß der Friedenskonferenz die jüdischen Vorschläge in Bezug auf Palästina bis auf ganz leichte Änderungen angenommen hat.

Die Verstaatlichung der englischen Bergwerke.

T.U. Amsterdam, 29. Juli.

Dem Telegraf zufolge, meldet London, daß die Regierung beschlossen hat, den am 23. Juni veröffentlichten Bergwerksplan, worin sowohl die Verstaatlichung der Bergwerke als auch die der Steinkohlen empfohlen wird, nicht sofort auszuführen. Sie hat nach einem Bericht von Sir Duffell einen Plan ausgearbeitet, der die Verstaatlichung der Bergwerke insofern empfiehlt, als die Bergwerke zwar von Privaten ausgebeutet werden können, aber unter gemeinsamer Kontrolle des neuen Bergbauministeriums, der provinziellen Kohlenämter und der örtlichen Bergbaukommissionen, in denen auch die Bergarbeiter vertreten sein werden.

Ententeverhandlungen mit Ungarn.

Wien, 28. Juli.

Die Blätter melden: Der Präsident des ungarischen Arbeiter- und Soldatenrates Beltner und der Gewerkschaftsführer des ungarischen Eisenmetallarbeiterverbandes trafen auf Einladung der Wiener Entente-Kommission am Sonnabend in Wien ein, wo sie im Verein mit dem ungarischen Gesandten Böhm Besprechungen mit dem Chef des englischen Militärmission, Obersten Cunningham und

mit dem italienischen Gesandten in Wien, Pringen Voghese, abhalten, um ein Übereinkommen zwischen den Entente-Regierungen und der Budapestiner Räteregierung zu erzielen. Die Vertreter der Entente forderten den Rücktritt der Budapestiner Regierung, die ungarischen Delegierten erklärten jedoch, daß auf der Grundlage des Rücktritts von Bela Kun nicht verhandelt werden könnte. Die Budapestiner Regierung sei nur zu Konzeptionen auf wirtschaftlichem Gebiete bereit, von dem freiwilligen Rücktritt der Räteregierung könne jedoch keine Rede sein. Die Verhandlungen sind noch nicht endgültig abgeschlossen, da Beltner bis Mittwoch in Wien bleibt.

Wo bleibt die ganze Wahrheit?

Eigene Drahtnachrichten der „Freiheit“.

Weimar, 29. Juli.

Die Debatte über die Enthüllungen wurde heute von dem Genossen Henke fortgeführt. Er wies darauf hin, daß von diesen Enthüllungen nur ein Zipfel des Mantels gelüftet worden ist und fordert die Enthüllung der ganzen Wahrheit, damit sich zeige, daß die Äpfelger ebenso schuldig sind, wie die Angeklagten. Er erinnerte Herrn Erzberger an seine Stellung und seine Taten während des Krieges. Er erinnerte an seine Stellung vom September 1914, als er alle Bedenken auf Völkerrecht und Humanität zurückstellte und die Bevölkerung Londons durch Flugangriff empfahl, er erinnerte an die Tatsache, daß er mit allen Kräften an der Vorkriegszeit des Krieges gearbeitet habe. Er zeigte dann, daß alle Parteien außer der Unabhängigen Sozialdemokratie während des Krieges die verderbliche Politik der Obersten Heeresleitung gefördert und unterstützt hätten.

Schiedspruch im Siemens-Streit.

Der Schlichtungsausschuss zur Beilegung des Streiks in den Siemens-Werken hat in der heutigen Nacht gegen 12 Uhr folgenden Schiedspruch nach einstündigen Verhandlungen gefällt:

Der Schlichtungsausschuss ist der Auffassung, daß der Betriebsleitung das Recht gewährt werden muß, Bekanntmachungen, die sie im Interesse des Betriebes zu machen hat, am schwarzen Brett anzuschlagen, und daß kein Arbeiter oder Angestellter berechtigt ist, solche Anschläge eigenmächtig zu entfernen. Die Bekanntmachungen sind jedoch, soweit sie Arbeiterfragen betreffen, vorher dem Arbeiterausschuss, beziehungsweise dem Betriebsrat vorzulegen. Der Schlichtungsausschuss ist der Ansicht, daß dies im vorliegenden Falle ordnungsmäßig geschehen ist und daß daher die Betriebsleitung berechtigt war, diejenigen, welche die Anschläge entfernt haben, zu entlassen.

Andererseits muß als festgesetzt gelten, daß die von den Vertretern der Arbeiterschaft mit der Betriebsleitung geführten Verhandlungen über die Handhabung des Anschlagwesens zu keiner abschließenden Vereinbarung geführt hatten, und daß die Betriebsleitung nicht berechtigt war, Anschläge ohne Gegenseignung des Betriebsrates, bzw. des Arbeiterausschusses am schwarzen Brett anzuhängen.

Unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse und des weiteren Umstandes, daß zwischen der Betriebsleitung und den Vertretern der Arbeitnehmer nunmehr völlige Übereinstimmung darüber besteht, wie in Zukunft die Bekanntmachungen der Betriebsleitung zu behandeln sind, beschließt der Schlichtungsausschuss:

1. Die wegen passiver Resistenz entlassenen Arbeiter werden wieder eingestellt.
2. Die wegen dieser Entlassung Streikenden nehmen die Arbeit wieder auf.
3. Die wegen Verstoßens der Anschläge Entlassenen werden nach Verlauf von drei Arbeitstagen nach Wiederaufnahme der Arbeit durch die Streikenden wieder eingestellt.

Den Parteien wird aufgegeben, sich über die Annahme des Schiedspruches bis Mittwoch, den 30. Juli 1919, vormittags 10 Uhr, im Schlichtungsausschuss, Berlin N. 4, Schlegelstr. 2, zu erklären.

Der Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes Rusch gab hierzu für die Arbeitnehmer-Beisitzer folgende Erklärung ab:

Die Arbeitnehmer-Beisitzer stehen auf dem Standpunkt, daß der Schlichtungsausschuss nicht berechtigt ist, Strafen zu verhängen, und daß sie aus diesem Grunde einem Schiedspruch, der für die zuerst Entlassenen eine um drei Tage verzögerte Wiederaufnahme der Arbeit vorsieht, nicht zustimmen können.

Zunehmende Klärung.

Die Wahrheit kommt allmählich an den Tag, und was Herr Erzberger und die anderen Minister, gezwungen durch die ungestümen Angriffe der monarchistischen, schwerindustriellen und agrarischen Oligarchen und ihres Agenten Helfferich, aufzuwachen genötigt waren, genügt bereits, um sich ein sehr klares Bild über die Schuldigen an der Katastrophe zu machen.

Herr Erzberger hat gestern selbst festgestellt: „Die Friedensmöglichkeit ist bereitwillig vorbereitet worden durch die Schuld Deutschlands“. Er hat damit die denkbar schwerste Anklage erhoben, aber auch genau das Gegenteil von dem gesagt, was alle Parteien, mit Ausnahme der Unabhängigen Sozialdemokraten, dem deutschen Volke bis zum Eintritt der Katastrophe vorgezogen haben. Es muß noch hinzugefügt werden, daß die Friedensmöglichkeit von 1917 nicht die einzige war, daß vorher und nachher solche Möglichkeiten gegeben waren und gleichfalls durch die deutsche Regierung bereitwillig vorbereitet worden sind.

Die Regierung Bauer hat gestern endlich zugefagt, daß alle Dokumente veröffentlicht werden sollen, und wir möchten nur wünschen, daß diese Veröffentlichungen möglichst schnell und lückenlos erfolgen. Keine philologische Kleinarbeit, die so gerne und so zeitraubend bei solchen Veröffentlichungen angewandt wird, könnte diesmal ruhig für die zweite Auflage zurückgestellt werden.

Die Veröffentlichung dieser Dokumente ist schon deshalb notwendig, weil die Regierung bei ihren Angriffen auf die Rechte immerhin noch mit ziemlicher Zurückhaltung und Schonung vorgeht. Es ist zum Beispiel sehr eigenförmlich, daß die Wucht der Angriffe auf zwei Personen, auf Ludendorff und Michaelis konzentriert wird.

Herrmann Müller hat mit Recht gesagt, daß diesen Ludendorff, der während des ganzen Krieges uns als der größte aller Sterblichen angepriesen wurde, der, wenn er gesiegt hätte, eine geradezu göttliche Ehre genossen hätte, neben Tirpitz der größte Verderber gewesen sei. Und in der Tat, Ludendorff hat nicht nur militärisch, sondern auch politisch Deutschland zugrunde gerichtet, und es macht einen widerlichen Eindruck, wenn dieser Mensch, der während des Krieges sich die Diktatur angeeignet hat, jetzt, wo die Sache schief gegangen ist, schuldig und feig seine Verantwortung zu tragen ablehnt, und immer wieder versichert, daß er von nichts, was vorgegangen, gewußt, daß er bloß das gehorsame Werkzeug eines Weismann, Michaelis und Hertling gewesen sei. Seine Lügen haben allerdings kurze Weile gedauert, denn aus den Dokumenten, die gestern veröffentlicht worden sind, geht klar und deutlich hervor, daß er die Kriegsziele aufgestellt, daß er an der politischen und wirtschaftlichen Annexion Belgiens festgehalten hat, daß er dadurch jede Möglichkeit des Friedens verhindert hat.

Ebenso steht fest, daß Ludendorff es war, der die Regierung geradezu zwang, den Waffenstillstand unter allen Bedingungen anzunehmen. Der Mann hat also in kurzschichtiger Verblendung das imperialistische, schwerindustrielle und militaristische Kriegsziel trotz aller Warnungen immer wieder festgehalten, unterstützt von Subjekten wie Michaelis und Helfferich, von denen der eine mehr die Dummheit, der andere die interessierte Gewissenlosigkeit repräsentiert, von der das wilhelminische Deutschland in der Zivilabteilung regiert wurde.

Ludendorff hat dann, als er von Hoch militärisch geschlagen war, den Kopf verloren und die Kapitulation durchgesetzt. Er hat sich dann nach Schweden in Sicherheit gebracht und hat sich erst, als er die Harmlosigkeit der deutschen Revolution erkannt hatte, zurückgetraut. Dann begann wieder der Mut diese Brust zu schwellen, er stellte sich in den Straßen Berlins hin, wurde zum Mittelpunkt monarchistischer Demonstrationen und suchte sich wieder in den Vordergrund zu drängen. Und so etwas ist in Deutschland möglich!

Aber Ludendorff ist doch nicht der einzige. Neben Ludendorff stand doch Hindenburg. Beide Namen wurden im Kriege etwas zusammen genannt. Aus den veröffentlichten Erklärungen geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß Hindenburg genau dieselbe Politik getrieben hat, als Ludendorff. Genau wie Ludendorff war er nicht nur der Verantwortliche für die falsche Strategie, die zum militärischen Zusammenbruch geführt hat, sondern auch für die Politik, die die Oberste Heeresleitung trieb. Hindenburg

... aber von der Regierung gelohnt, obwohl er ganz ebenso die Verantwortung für alles Unglück trägt. Der Grund ist allerdings klar. Die Oberst, Scheidemann und Landsberg wollten in den Novembertagen in ihrer Angst wenigstens einen der beiden Herren auf ihrer Seite haben, ließen in der Öffentlichkeit verkünden, daß Ludendorff der Schuldige, Hindenburg aber ein harmloses Gemüt gewesen sei und begannen damit jene Politik, die die Revolution verdorben, das monarchistische Offizierskorps in der Nacht gelassen und das Proletariat um seinen Sieg betrogen hat.

Aber staatsrechtlich über und geistig unter Ludendorff stand ja Wilhelm. Wieder geht aus den Mitteilungen über den Kronrat hervor, daß Wilhelm in der besagten Frage die Politik Ludendorffs akzeptiert und für sie entschieden hat. Und diese Stellungnahme war bei den deutschen Verfassungszuständen schließlich die ausschlaggebende. Aber auch Wilhelm kommt in den Regierungserklärungen sehr gut fort. Auch das ist erklärlich, denn es sind ja erst ein paar Wochen her, daß man jene elende Komödie aufgeführt, die Annahme des Friedens davon abhängig zu machen, ob dieser Monarch von der Entente hopy genommen wird oder nicht.

Es ist kein Zweifel, daß das militaristisch-monarchistisch-konservative System, wie es Deutschland in diesen Krieg geführt hat, so auch an der Katastrophe Deutschlands und dem Unglück der Welt die Hauptschuld trägt. Aber ebenso sicher ist es auch, daß dieses Unglück nur angeordnet werden konnte, weil der Widerstand gegen diese Herrschaft ein so jämmerlich schwacher gewesen ist. Und keine Verleugung kann das deutsche Volk je darüber läugnen, daß der Reichstag und seine Mehrheitsparteien, Zentrum, Sozialdemokraten und Fortschrittler, durch ihre Nachgiebigkeit und ihre Schwäche erst die Vollendung des Verbrechens am deutschen Volk ermöglicht haben.

Die Parteiführer mögen noch so sehr versichern, daß sie von den oder jenen Einzelheiten in dem oder jenem Zeitpunkt keine genauere Kenntnis gehabt haben, der wirkliche Stand der Dinge lag spätestens nach den ersten Monaten des Krieges für jeden, der nicht blind sein wollte, offen zutage. Und der war einfach der, daß die imperialistische Eroberungspolitik der konservativen und schwerindustriellen Kreise die Politik der Obersten Heeresleitung und des Kaisers war, und daß die Zivilregierung nur die Funktion hatte, diese allein ausschlaggebende Politik, wenn es gerade die Stimmung erforderte, etwas zu verhüllen und zu verbergen. Der Reichstag hat sich an dieser Täuschungspolitik mitschuldig gemacht. Er hat nie die Energie und Kraft besessen, selbst die Politik zu bestimmen und der Regierung seinen Willen aufzuerlegen. Er hat es nicht getan, weil dieser Wille selbst schwach und unentschieden war, und weil das Gift des Nationalismus und Amerikanismus alle Parteien, auch die Sozialdemokratie, angegriffen hatte.

Und deshalb sind sie alle, die Enthüller und die Enthüllten, schuldig!

Helfferich als Fälscher.

Der frühere Staatsminister Dr. Helfferich hat in der gestrigen Morgenausgabe der „Kreuzzeitung“ seinen Beitrag gegen Erzberger fortgesetzt, dessen Enthüllungen in der Sonnabendausgabe der Nationalversammlung er durch eine Reihe von Einwänden zu entkräften suchte. Sein wichtigstes Argument besteht darin, daß England und seine Verbündeten völlig abgeneigt waren, die Kriegsziele Deutschlands auch nur zu diskutieren. Als Beweis dafür zitiert er ein russisches Geheimdokument, und zwar das Telegramm vom 6. Oktober 1917, das der russische Geschäftsträger in London an seine Regierung richtete. Diese Veröffentlichung ist allerdings recht wichtig, und geeignet, in die nun jene Zeit stattgefundenen Anknüpfungsvorläufe zwischen den feindlichen Großmächten mehr Licht hineinzutragen. Herr Helfferich hat aber dieses wichtige Dokument nicht wortgetreu wiedergegeben, sondern durch Weglassung der wichtigsten Stellen das Telegramm für seine Zwecke zurechtgestutzt. Man ist berechtigt, von einer Fälschung des Telegramms zu sprechen, denn in der von Helfferich veröffentlichten Form stellt es die Haltung der Alliierten in der Friedensfrage in einem völlig falschen

Lichte dar. Zum Vergleich lassen wir nachstehend das erwähnte Telegramm in der Fassung von Helfferich und in der wortgetreuen Uebersetzung folgen (die von Helfferich weggelassenen Stellen sind in unserer Uebersetzung fettgedruckt):

Die Fassung von Helfferich:

„Balfour berief heute die Vertreter der verbündeten Großmächte Frankreich, Italien, Amerika, Japan und Rußland und machte folgende streng vertrauliche Mitteilungen: Der spanische Minister erklärte dem großbritannischen Botschafter in Madrid, daß eine sehr hochstehende Persönlichkeit in Berlin den Wunsch ausgesprochen habe, mit England in Friedensverhandlungen einzutreten. Die großbritannische Regierung ist noch dem Empfang dieser Meldung ihres Vertreters vor die Alternative gestellt worden, entweder die Erklärung Deutschlands unbeanwortet zu lassen oder aber mit möglicher Vorsicht zu antworten. Der sicherere Weg würde der deutschen Regierung die Möglichkeit geben, die Weigerung Englands zur Festigung ihrer eigenen Stellung in Deutschland auszunutzen und, was noch wichtiger ist, die schon ohnehin reichlich vorhandene Agitation in Rußland zu stärken in dem Sinne, daß England direkt die völlige Vernichtung Deutschlands wünsche und Rußland und die anderen Verbündeten mitzöge. Die großbritannische Regierung wird daher durch ihren Botschafter in Madrid folgende Antwort geben:

Die Regierung Seiner Majestät wäre bereit, eine Mitteilung entgegenzunehmen, welche die deutsche Regierung ihr über den Frieden abzugeben wünsche, und diese Mitteilung mit ihren Verbündeten zu beraten. . . .

Bei der Beratung dieser Frage sind wir zu dem einheitlichen Schluß gekommen, daß es das Bestreben Deutschlands ist, die Alliierten in eine Prüfung der Friedensbedingungen Deutschlands hineinzuziehen. Der jetzige Versuch Deutschlands bestrebt sich in meinem Telegramm Nr. 761 ausgesprochenen Befürchtungen.“

Richtigere Worslaut:

„Balfour berief heute die Vertreter der verbündeten Großmächte Frankreich, Italien, Amerika, Japan und Rußland und machte folgende streng vertrauliche Mitteilung: Der spanische Minister erklärte dem großbritannischen Botschafter in Madrid, daß eine „sehr hochgestellte Persönlichkeit“ in Berlin dem spanischen Gesandten den Wunsch ausgesprochen habe, mit England in Friedensverhandlungen einzutreten. Die spanische Regierung lehnt die „Vermittlung“ ab, sie hat es aber „nicht als möglich erachtet, diese Erklärung der Verantwortlichkeit Deutschlands dem Vertreter Englands vorzuenthalten“. Der letztere erwiderte, er wisse nicht, wie sich seine Regierung zu der Erklärung der deutschen Regierung verhalten werde, er glaube aber, daß Friedensverträge, wenn sie unter den Verbündeten erörtert werden sollten, einen Charakter tragen müßten, der sich schroff von jenen Verträgen Deutschlands unterscheide, die in der deutschen Presse Ausdruck gefunden haben. Nach Empfang dieser Meldung ihres Botschafters war die großbritannische Regierung vor die Alternative gestellt, entweder die Erklärung Deutschlands unbeanwortet zu lassen, oder mit möglicher Vorsicht zu beantworten. Der erste Weg würde der deutschen Regierung die Möglichkeit geben, die Abgabe Englands zur Festigung ihres eigenen Ansehens in Deutschland auszunutzen und, was noch wichtiger ist, die schon ohnehin reichlich vorhandene Agitation in Rußland in dem Sinne zu stärken, daß England die völlige Vernichtung Deutschlands wünsche und Rußland und die anderen Verbündeten mitzöge. Die großbritannische Regierung gibt daher durch ihren Botschafter in Madrid folgende Antwort:

Die Regierung Seiner Majestät wäre bereit, die Mitteilung entgegenzunehmen, welche die deutsche Regierung ihr über den Frieden abzugeben wünsche, und diese Mitteilung mit ihren Verbündeten zu beraten.“

Dies der Wortlaut der Antwort. Da die dringende Notwendigkeit vorliegt, im Verkehr mit unserem Feinde, der auch vor der gewissenhaftesten Verzerrung der Worte und Grundgedanken nicht Halt macht, die äußerste Vorsicht walten zu lassen, ist der Antwort Eng-

lands abfälscht eine sehr falsche Uebersetzung worden.

Bei der Beratung dieser Frage in der heutigen Botschafterkonferenz bei Balfour sind wir zu dem einheitlichen Uebersetzungsentscheid, daß es das Bestreben Deutschlands ist, — dieses ganze Mandat schreiben wir Kuhlmann zu — die Alliierten in eine Prüfung der Friedensbedingungen mit Deutschland hineinzuziehen. Der jetzige Versuch Deutschlands bestrebt sich in meinem Telegramm vom 20. September Nr. 761 ausgesprochenen Befürchtungen.

Wir können zu dem Schluß kommen — falls durch die jetzige kurze Mitteilung die Angelegenheit in Uebung gebracht werden würde — Deutschland erklären müßte, wir erwarten von ihm einen gewissen Einverständnis auf seine Kriegsziele, und wir seien unter keinen Umständen weder zu Sonderverhandlungen eines der Verbündeten mit Deutschland, noch auch zu gemeinsamen Verhandlungen bereit, bevor wir gemeinsam erörtert hätten, ob die allgemeine Formulierung der deutschen Kriegsziele für uns annehmbar sei.“

J. Westhoff, Nr. 21, 21. Nov. 1917.

Aus den von Helfferich weggelassenen Stellen des Dokuments, namentlich aus dem letzten Absatz, aus dem erst der gemeinsame Standpunkt der Londoner Botschafterkonferenz in der Friedensfrage ersichtlich ist, geht mit aller Klarheit hervor, daß die englische Regierung der deutschen Anfrage sympathisch gegenüberstand, vorher aber verlangte, daß die deutsche Regierung sich über den allgemeinen Charakter ihrer Kriegsziele äußern möge, die dem Auslande nur in der für Verhandlungen ungeeigneten Fassung der deutschen Amerikanerpresse bekannt waren. Aus dem letzten — unterschlagenen — Absatz des Dokuments hervorzuhellen, hielt die Londoner Botschafterkonferenz es als durchaus möglich, daß die Friedensverhandlungen durch die deutsche Anfrage in Gang gebracht werden könnten. Sie erachtete es aber, durch böse Erfahrungen gewarnt und in richtiger Erkenntnis der tatsächlichen Methoden der deutschen Politik notwendig, daß die deutsche Regierung vorher ihre allgemeine Kriegszieleformel mitteile. Jeder wird zugeben, daß dies genau das Gegenteil von dem bedeutet, was Herr Helfferich in seinem Artikel behauptet und was er bei der Bestimmung eines amtlichen Dokuments trifft, kennzeichnet den Mann wie auch die Sache, die er mit der bei ihm üblichen Skrupellosigkeit vertritt.

Beginn der Verhandlungen mit den Bulgaren.

T.U. Amsterdam, 20. Juli.
Die Bevollmächtigten der Alliierten und Bulgarien haben laut einer Pariser Depesche vom 20. Juli, ihre Verhandlungen begonnen.

Der Streik der englischen Grubenarbeiter.

T.U. Amsterdam, 20. Juli.
Aus London wird vom 20. Juli gemeldet: Pariser Law teilte im Unterhause mit, daß die Grubenarbeiter in Northshire die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen haben. Sämtliche Grubenarbeiter in Derbyshire, Lancashire und Nottinghamshire haben die Arbeit wieder aufgenommen, mit Ausnahme einiger Gruben in Nottinghamshire. Die Lage in den anderen Kohlengruben ist normal, abgesehen von einigen Ausnahmen in Staffordshire.

Die Erbschaft.

Friedrich Gutbaum, früherer Baumtechniker, war Bürger der Stadt Potsdam, einer von den Reiffbegüterten des Kreises. Wenn jemand von ihm sagte, er verfüge über eine kleine Million, so hätte sich niemand darüber gewundert, obgleich er beschiden genug lebte. Wenn aber von ihm gesprochen wurde, so geschah es stets mit einem Achselzucken und dem Schlußwort: „Das da? Der ist auch fertig mit der Welt!“

Aber Gutbaum selbst war es schamlos, was die Welt über ihn sprach.

Er hatte sicher schon die Sechzig überschritten. Das sah man ihm nicht an, so frisch war sein Aussehen, so kräftig sein Brustkollern. Selbst die Strafe seiner Rudultatur hätte ihn sein über vergessen lassen können, wenn ihn nicht seine brave Wirtschafterin Auguste jedesmal daran erinnerte hätte, wenn er einmal auf Reisen ging, zu spät nach Hause kam, oder wenn sie ihm sein Essen brachte. Er wohnte Bahnhofsstraße, in einer komfortablen Villa, deren schmucke rote Fassade mit der Rotmarmorterrasse schon von weitem aus dem Grün des sie umgebenden Parks herauslugte. Er lebte glücklich und zufrieden, nur zwei Basken ergeben, dem Schach und dem guten Hapenpappen. Für das letztere sorgte seine gute Auguste, und das erste fand er bei seinen Stammtischfreunden, die den Millionär gern unter sich sahen. Seine Schwägerin Frau Gutbaum, geb. Malchow, Schweigelle und Heilsoffe hielten ihren guten Friedrich, wo sie nur konnte.

Frau Gutbaum war eine große Frau, mager und trocken. Zusammengeschmolzen, wie sie stets versicherte, infolge der vielen verpörrischen Tränen. Ihr Leben, ruhig bezugnehmend, hatte dann später allerlei Trübsal über sie gebracht, und die Erinnerung an ihre trübe Vergangenheit ließ sie auch kein Mitleid mit anderen haben. Daher war Frau Gutbaum besonders eingeschämpt, auch hart und edig an Weiss.

Und in Wahrheit hatte sie Schlimmes durchgemacht, nachdem sie einen Mann geheiratet hatte, der unfähig, kein Geschäft zu machen verstand, aber dafür doch so viel Geld besaß, daß er sie zur Witwe machte, bevor der Rest ihres Hochzeitsgutes daraufgegangen war. So konnte sie, wenn auch nicht im Ueberflusse, so doch ruhig leben, sie und ihr Sohn Adalbert, des Onkel Friedrichs Enkel und ihre Freude und Hoffnung.

Es war zu dieser Zeit ein Durcheinander von 20 bis 28 Jahren.

Er hatte sehr schöne Studien auf einer hohen Schule gemacht und war durch alle Examen gefallen. Nach dem Tode seines Vaters hatte er sich aus guten Gründen in das Provinzialstädtchen Tangermünde zurückgezogen, wo er fortan ein vögelreies Leben führte. Das Kaiser-Geld, das er keinen festhaltenen Kunden als ihn, und er vertiefte sich die Zeit beim Schach oder Billard. Darüber hätte ja auch schließlich ein Dilliger nichts sagen können, wenn Adalbert nicht der größte Widdensjäger geworden wäre, den man sich im Umkreise von zehn Meilen denken konnte.

Seine Streiche waren stadtbekannt, und die guten Tangermünder hatten die Geschichte mit einer Sängerin, Fräulein Gertrud von Besenhein, noch nicht vergessen, als der Krieg ausbrach. Adalbert zog hinaus als Chauffeur und kam wieder als Chauffeur, das heißt nicht ohne Kriegsteile. Er brachte sich eine junge Französin mit, die ihm „brauchen schon sein schweres Led hatte tragen helfen.“

Leider hatte diese junge Dame das monotone Dasein in Tangermünde bald satt und wühlte sich Adalberts Armen bald zu entwenden, zum Vorteil einiger Herren Geschäftsfreier. Adalbert zog wieder nach Potsdam und war gelommen, wieder ein Leben mit Stammtisch usw. zu beginnen, wie er es vor dem Kriege in Tangermünde geführt hatte. Und wenn nun in Zukunft einige gute Seelen mit einem Rädeln halb feige, halb träge zu der guten Mutter Gutbaum sagten: „Was machen Sie bloß aus Ihrem Sohn? Es würde doch wirklich Zeit, daß er einmal einen bestimmten Beruf ergreift!“, dann war Frau Gutbaum den Kopf in den Nacken und meinte im Ton einer Königin:

„Adalbert hat nicht nötig, sich den Kopf über die Arbeit zu zerbrechen. Er hat zu leben; und im Übrigen, ist er nicht der einzige Reffe von Onkel Friedrich? Und wenn soll er sonst sein Vermögen hinterlassen?“

Wer kann sich aber die Aufregung der armen Frau Gutbaum denken, die sicher noch einige Tränen in ihrem ausgetrockneten Körper hat, als ihr eines Abends ihr Schwager jedes Wort brüheiß ins Gesicht dreht: „Apropos, Agathe, ich verheirate mich wieder in acht Tagen.“

Frau Gutbaum starrt auf ihren Schwager. Sie traut ihren Ohren nicht.

„Du — du heiratest, Friedrich?“
„Ich habe die Ehre.“
„Was du nicht sagst!“

Es war ein Roman.

Ein Architekt namens Schönrock, mit dem Friedrich früher einmal zusammen gearbeitet hatte; ein Mann von Talent, aber dem Spiel ergeben, hatte sich vergiftet und seiner Frau nichts hinterlassen als ihre zwei Kinder zum weinen. Die Witwe nun ohne Eltern, ohne Freunde und mittellos, hatte sich an Friedrich um Hilfe gewandt. Sie war schön, jung, kokett, ohne Falsch, und hatte sich nur an Friedrich gewandt, weil es für sie keinen anderen Ausweg gab. Ihr Verleher douerte schon längere Zeit, und Friedrich hatte beschlossen, sie zu heiraten, um sie näher bei sich zu haben, damit er nicht so oft nach Belgien zu fahren brauchte, wo Frau Schönrock wohnte. Diese vielen Reisen hatte ihm seine Auguste überhaupt schon so oft vorgehalten.

Dies war der Roman, den Gutbaum seiner Schwägerin erzählte, und wenn ihr Herbei das Blut nicht erstarbte, so kam es doch dabei, daß sie immer noch eine härtere Natur hatte, als sie sich selbst einredete. Aber wenn Friedrich heiratete — dann war auch die Erbschaft verloren. Die Million entschwand in nichts, und Adalbert hätte sie doch so gut brauchen können.

Mag auch kommen, was will, so mir nichts dir nichts läßt sie sich nicht abpeifen. Und als Adalbert am selben Abend wie gewöhnlich spät nach Hause kommt, empfängt sie ihn: „Weißt du schon das Neuere?“

„Was?“

„Dein Onkel verheiratet sich wieder!“

„Nein!“

„Mit der Witwe eines seiner Freunde . . . eine junge Frau aus Belgien.“

Adalbert sah seine Mutter an, als warte er, daß sie sich vor Lachen schüttelte, aber sie blieb ernst wie ein Peterspennig. Dann schlug er sich mit beiden Händen vergnügt auf's Brust und sagte:

„Das ist sehr gut! . . .“

Mama Gutbaum biß sich auf die Lippen: „Ja, das hat Gange, was dir diese Neuigkeit macht? . . .“

„Der Rutter!“

„Versteht du denn gar nicht, daß, wenn dein Onkel wieder heiratet, so geht dir die Erbschaft an der Nase vorbei . . .“

Adalbert war faul wie ein Pär und auch ein wenig Trinker; außerdem hatte er noch andere Fehler; aber in einem Teil mußte man ihm Gerechtigkeit widerfahren lassen: er hatte noch niemals das Geld verdienen brauchen, das er ausgab. Deshalb hatte Reichtum in seinen Augen auch gar keinen Wert.

Ein schimpfliches Bekenntnis.

Legien und die belgische Deportation.

Am Sonnabend haben in Amsterdam die Beratungen der internationalen Gewerkschaftskonferenz begonnen. Auf Verlangen der belgischen Delegierten sollten die Deutschen eine Erklärung über die Schuldfrage abgeben. Die Belgier verlangten vor allem eine Aufklärung darüber, wie sich die deutschen Gewerkschaftler zu dem ungeheuren Verbrechen stellen, das durch Deutschlands Schuld über Belgien heraufbeschworen worden ist. Dieses Verbrechen besteht in einer langen Reihe von schimpflichen Einzelheiten, die von den deutschen Machthabern mit wachem Synkretismus an der unschuldigen belgischen Bevölkerung verübt worden sind.

Das schimpflichste aller Verbrechen war die Deportation. Hunderttausende belgische Arbeiter, Kräfte und Kleinbürger wurden über Nacht aus ihren Wohnungen gerissen, durch schwerbewaffnete Soldaten zu Feldern zusammen getrieben und, ohne daß sie die Möglichkeit hatten, ihren Angehörigen noch einmal Lebewohl zu sagen, oder ihre häuslichen Angelegenheiten zu ordnen, wie die Sklaven nach Deutschland oder Nordfrankreich verschleppt.

Deutschland, das nicht einmal in der Lage war, seine eigenen Randbevölkerung vor dem Verhungern zu schützen, konnte natürlich die verschleppten belgischen Sklaven nicht auch noch ordnungsgemäß ernähren. Andererseits war es die Absicht der deutschen Machthaber, die belgischen Arbeiter durch Hunger zur Aufnahme der Beschäftigung im Interesse der deutschen Kriegsführung zu zwingen. In den Internierungslagern, wo die Belgier zuerst untergebracht waren, gingen daher tausende an Hunger zugrunde. Andere hielten sich die Schwindsucht und sind an ihr Lebende geschädigt.

Herr Legien, der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften, hatte die Aufgabe, sich in Amsterdam zu dieser Schandtat zu äußern. Statt hinter das Verbrechen der deutschen Machthaber einen blauen Strich zu ziehen und jede Gemeinschaft mit ihnen abzulehnen, unternahm es Herr Legien, der angeblich Arbeiterinteressen vertreten will, die Wiedereinführung der Sklaverei durch Deutschland zu rechtfertigen. Mit frivolem Synkretismus, den wir bei den sogenannten Arbeiterführern, die sich der wilhelminischen Kriegsführung verschrieben haben, schon öfters bewundern konnten, wies er darauf hin, daß die Belgier der Deportation ja hätten entgegen können, wenn sie sich zur freiwilligen Arbeitsaufnahme in Deutschland gemeldet hätten.

Wir müssen gestehen, daß durch diese schändliche Humutung, die Herr Legien den belgischen Arbeitern stellte, das Ansehen der deutschen Gewerkschaften auf das schwerste geschädigt worden ist. Wird doch von den belgischen Arbeitern durch diese Keuferei nichts weniger gefordert als daß sie sich freiwillig zum Decker ihrer eigenen Nation herbeigehen sollten. Sie sollten in die Gefilde ihrer deutschen Schwertindustrie wandern, dort Geschütze und Munition anfertigen, mit denen dann ihr eigenes Land vernichtet, ihre Häuser in den Tod geschickt wurden. In dieser Humutung sieht sich nur ein Mann versteinern, der vollkommen in der Sklaverei der deutschen Kriegsführung aufgegangen ist, der jeden Sinn für Recht und Gerechtigkeit verloren hat, das völlerrechtlichste Recht tramples und die Barbarei für einen notwendigen Bestandteil unserer Kultur betrachtet.

Selbst wenn die Belgier sich freiwillig zur Arbeit nach Deutschland gemeldet hätten, wären sie nicht weiter geworden als deutsche Sklaven. Denn es war Krieg, wir hatten Ausnahmestände, die „freiwilligen“ Arbeiter des Auslandes, die in der deutschen Kriegswirtschaft fronten, waren schärfen Kontrollen, Bestimmungen unterworfen, sie durften sich nicht bewegen, waren in eisenen Vororden zusammengepackt, und jede Verbindung mit der Heimat war so gut wie abgeschworen.

In der Tat hatten sich auch viele belgische Arbeiter durch immerhöhere Beschlagnahmen der deutschen Industrieanlagen und durch Pressionsmittel der militärischen Gewaltthäter verurteilen lassen, „freiwillig“ Arbeit in Deutschland anzunehmen. So wurden ihnen die schimpflichsten Verträge vorgelegt, auf die sie sich verpflichten mußten. Wer dies getan hatte, hatte sich mit Haut und Haaren den deutschen Ausbeutern verschrieben. Keinem belgischen Arbeiter war es möglich, vor Ablauf des Vertrages loszukommen, auch wenn er krank, ausgemergelt und untertrug war, die ihm zugewiesene Arbeit zu verrichten. Wer die fähig war, die ihm zugewiesene Arbeit zu verrichten, wurde zwangsweise nach Deutschland zurückgetrieben, ja, viele

Er hätte ja auch nach dieser Erklärung seiner Mutter den Verlaß der Million betrauen müssen, aber so möchte er einfach:

„Aber du Unglücklicher... Was denn! Was willst du, daß ich machen soll? Soll ich mir glückliche Rache aus Haupt streuen und mich mit Sackweizen umgürten? Ja, laß doch meinen Onkel nicht vom Feind abhalten, wenn er es einmal will... Ja, du kommst es doch, Adalbert!“

„Dre: Du mußt hin, die junge Frau sehen. Du bist ein schöner Junge. Du mußt die Frauen zu nehmen, und dann... na, was weiß ich. Ich an deiner Stelle... Sie sprach nicht weiter. Aber Adalbert verstand, was ihm diese Frau, die in einem Kloster erzogen war und die eine der angesehensten Damen der Stadt war, zumute.“

Und wahrhaftig, Adalbert war kein Feigling und hätte vielleicht aus andern Gründen versucht, einen Knäuel zwischen die Knie des Hochzeitslarrens seines Onkels zu werfen. Aber in diesem Moment gerade war er bis über die Ohren in eine kleine Schmelzerin verliebt und daher gar nicht geneigt, seine Don Juan-Künste anderwärts zu betreiben.

„Mama,“ sagte er. „Es gibt ein altes Sprichwort: Man soll nie auf die Schuhe eines Toten rechnen, viel weniger noch auf die Stiefel eines Lebenden. Bis dahin haben wir auch ganz auf die Schuhe des Onkels Millionen gelebt. Sie sind für uns vergoren. Tu mir, als ob wir nie an sie gedacht hätten und sprechen wir nicht mehr davon!“

Damit ging er schlafen. Denn er hatte gerade mit der kleinen Robbinen einen Spaziergang gemacht; und diese kleine Nebenbatterin hatte ihn sehr geschmeichelt.

Mama Gutebaum lag einen Seufzer los, den man am Bahnhof hören konnte; sie dachte, die Potsdamer Damen reden sich die Röhle heiß, wenn sie von der Hochzeit dieses Namens Friedrich erfahren. Und dann erlief, daß ihr diese Erbschaft stören gegangen ist, von der sie doch schon so lange gesprochen hat. Und dieser Gedanke war ihr vielleicht schmerzlicher als zu wissen, daß der ganze Reichthum nun in andere Hände kam als in die ihren.

Arme Frau Gutebaum... sie ahnt auch noch gar nicht, was ihr der Himmel noch alles beschicken kann...
Holzbringer
(Übersetzt von B. M. & Kochen).

lamen sogar zur Strafe in das Operationsgebiet und mußten dort in besonderen Strafbataillonen unter Leberregalär Schützengräben, Straßen und Eisenbahnen bauen.

Diese Schändlichkeiten wurden bis zum Schluß des Krieges fortgesetzt. Auch die Deportationen nahmen kein Ende. Obwohl sich Deutschland, veranlaßt durch den Einspruch der Neutralen, insbesondere Hollands, gezwungen sah, die Deportationen im Generalgouvernement Anfang 1917 einzustellen, wurden sie in den belgischen Stappengebieten, die hermetisch abgeschlossen waren, damit die Schandtat der deutschen Kriegsführung nicht nach außen dringen konnten, noch 1918 fortgesetzt. In den Kreisen des Verwels, Mons, Philippville, Soignes, die bis Februar 1918 zum Generalgouvernement Belgien gehörten und vor Beginn der großen Wirrhaft zur Elbe geschlagen wurden, wurde trotz des gegebenen Versprechens noch zehntausende belgische Arbeiter zwangsweise in das Operationsgebiet deportiert. Wer diesen Deportationen beigewohnt hat, vertritt die Ehre nie, die sich seinem Herzen eingepägt haben. Dieses Verbrechen wird noch Jahrhunderte lang in der belgischen Bevölkerung fortdauern, es reißt sich würdig den großen geschichtlichen Schandtat an, wie die Vertreibung der Salzburger Emigranten, der Juden und der Juden im Mittelalter darstellen.

Herr Legien scheinen diese Schändlichkeiten entgangen zu sein. Er war durch seine Kriegserregung, die er im Interesse der deutschen Machthaber in der Presse, in Versammlungen und im Parlament getrieben hat, so stark in Anspruch genommen, daß er für die entscheidende Frage der belgischen Arbeiter weder Zeit noch Interesse hatte. So nur ist es erklärlich, daß er sich in Amsterdam hinsetzte und das deutsche Verbrechen rechtfertigen konnte. Aus seinen Worten spricht eine Verstocktheit, wie sie sonst nur noch bei einem Allduutschen zu finden ist. Sein Auftreten in dieser Frage ist nicht geeignet, das geschwundene Ansehen der deutschen Gewerkschaften wiederherzustellen. Er hat aber auch noch über den Kreis der Gewerkschaften hinaus dem gesamten deutschen Volk schweren Schaden zugefügt. Denn solange Deutschland nicht wie ein Mann seine Schuld gerade in dieser Frage bekennt, das Nichts mit den Arbeitern der Verbundenen gescheitert und sie zur Verantwortung zieht, so lange ist an eine ernsthafte Verständigung mit anderen Völkern nicht zu denken.

„Wie ich wurde.“

Lieber Leser, du wirst es schon erraten haben: Ich kam mir Koske sein. Es gibt keinen zweiten Menschen in Deutschland, der ihm an Bedeutung nahekommt, und darum ist es nur recht, wenn irgendwo eine öffentliche Stelle in den nächsten Tagen eine Selbstbiographie von Koske herausbringt, die den Titel trägt: „Wie ich wurde.“ Aus dem Inhalt geben wir die folgende Schilderung seiner „Kriegserlebnisse“ wieder:

„Insgesamt habe ich wohl gegen fünfzehn Wochen unmittelbar an der Front in den Jahren 1914, 1915, 1916 zugebracht und zwar habe ich auf meinen verschiedenen Reisen immer wieder nach Möglichkeit Stundenlange Wachen in den vor der Hand zu haben gemacht. 1916 bin ich fast nur durch einen Zufall — vor Dirmuiden lagen wir hinter einem Bahndamm eine Weile in schwerem Sperrfeuer — davon bewahrt worden, daß die Engländer mich erwischen, als ich in die sogenannte Dammion gehen wollte, die von ihnen an diesen Stellen gesteckt worden war. Auch in Polen und Rumänien bin ich wochenlang an der Front gewesen. 1915 war ich ein paar Tage lang in der Nordsee an Bord des großen Kreuzers „Von der Tann“. 1917 machte ich noch einen Besuch in Pola und auf einem kleinen österreichischen Schiff eine Fahrt durch die Adria nach Cattaro. Ueber Gattinje und durch Bosnien und die Herzegovina ging es dann wieder heim.“

Koske hat also ganz ungeheure Dinge an den Fronten erlebt, natürlich nur als Schlachtenbummler, mit Autofahrten und Koffinverpackung. Man kann es daher gut begreifen, daß er immer wieder zum „Dammion“ auffordert; die anderen allerdings: die Soldaten, die nicht nur am Spoh den Schützengraben besuchten, und die Arbeiter, die dabei mit ihren Familien halb verhungerten.

Höring im Bunde mit den Unternehmern.

Ratowitz, 22. Juli. M.T.B. teilt mit: Auf den ober-schlesischen Gruben und Hütten mehren sich die Fälle, wo mit dem größten Terror gegen die Wiederanstellung ehemaliger Grenzschutze vorgegangen wird. In dieser Sache hat der Staatskommissar für Oberschlesien ein Schreiben an den Unternehmerverband, den Berg- und Hüttenmännlichen Verein, gerichtet, in dem er vorschlägt, daß der Berg- und Hüttenmännliche Verein die Berg- und Hüttenverwaltungen in Oberschlesien generell anweist, in jedem derartigen Falle von den Arbeiterauschmittgliedern die Namhaftmachung derjenigen Arbeiter zu verlangen, welche diesen unberechtigten Terror ausüben, und falls ihnen diese Namen genannt werden, die Einleitung eines Strafverfahrens bei der Staatsanwaltschaft beantragen, und falls sie ihnen nicht genannt werden, den Ausschmittgliedern sofort zu kündigen. Der Staatskommissar feinerzeit werde in diesem Verfahren die Direktion mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln unterstützen. Es muß hier etwas getan werden, weil sonst die auf diese Weise brotlos werdenden — ihre Zahl würde sich allmählich ungeheuer steigern — eine schwere Gefährdung nicht nur unseres wirtschaftlichen Lebens, sondern auch der öffentlichen Ruhe und Ordnung darstellen.

Statt mit den Arbeitern zu verhandeln und das Schreckenregiment in Oberschlesien aufzugeben, verbindet sich also Herr Höring, der „Sozialist“, mit den Großindustriellen gegen die Arbeiter; ja, er veranlaßt sie, die Arbeiter der Staatsanwaltschaft auszuliefern und die Vertrauensleute zu entlassen.

Es scheint geradezu, als wenn die rechtssozialistischen Führer durch ihre Politik auch noch die letzten Klassenbewußten Arbeiter aus den Reihen ihrer Partei verjagen wollten!

Die Bearbeitung des Wiederaufbaus.

M.T.B. teilt mit: Wie zahlreiche Anfragen an das Auswärtige Amt besagen, besteht offenbar in weiten Kreisen die Ansicht, daß die Fragen über den Wiederaufbau von Nordfrankreich im Auswärtigen Amt bearbeitet werden. Demgegenüber werden wir gebeten, festzuhalten, daß sämtliche den Wiederaufbau angehenden Materien zur Zuständigkeit des Reichswirtschaftsministeriums gehören und demzufolge alle Anfragen dort hin zu richten sind. Das Auswärtige Amt ist nur insofern beteiligt, als es, da es sich um Verhandlungen mit fremden Regierungen handelt, die Zentralstelle zur Ausführung der Friedensbedingungen ist und daher die Organisation des hierfür benötigten, naturgemäß sehr komplizierten Apparates leitet. Die Bearbeitung der einzelnen Materien erfolgt in den zuständigen Regierungsämtern.

Die Umgestaltung der Reichswerken.

M.T.B. teilt mit: Entsprechend dem Beschluß des Haushaltsausschusses vom 30. April des Jahres geht die Reichswerke Kiel und die Lothedowerwerkstatt Wilhelmshaven demnach an die Zivilverwaltung über. Ein Teil der Werke bleibt voraussichtlich als Arsenal bei der Marinerverwaltung.

Die Hauptwerkstatt Wilhelmshaven bleibt unter Verwaltung der Marine. Ob die der Reichszivilverwaltung zu übergebenden Teile als gewerbliche reichseigene Betriebe weitergeführt werden, wird künftiger Prüfung vorbehalten bleiben müssen. Nach der vor längerer Zeit auf Grund der Verfügung des Demobilisationsamtes im Dezember vorigen Jahres angeordneten Entlassungen von Arbeitern und Angehörigen zum Zwecke der Herstellung des Standes vom August 1914 könnten weitere Entlassungen nur dann in Frage kommen, wenn die Betriebe in der Hand der Reichszivilverwaltung nicht produktiv gestellt werden könnten.

Ein Verfahren wegen Landesfriedensbruchs.

Wegen der kirchlichen Verhütung der beiden Oskiere in Frankfurt a. M., Rittmeisters von Vordelben und Majors von Moos, ist gegen den Gauleiter des Internationalen Bundes der Kriegesbedingten Wilhelm Garle das Verfahren wegen Landesfriedensbruchs eingeleitet worden.

Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes.

Schluß der Verhandlungen.

Planen, 27. Juli. Am sechsten Verhandlungstage wurde zunächst die Statutenberatung fortgesetzt. Die Höhe der Beiträge, der Aufbau der Unterstützungseinrichtungen und die Frage der Gewerkschafterspieler die Hauptrollen. Beschlüssen wurde: Das Eintrittsgeld beträgt in allen Beitragsklassen mindestens 1 Mark. Der wöchentliche Beitrag richtet sich nach dem verdienten, resp. tarifmäßig festgelegten Stundenlohn. Beim Bezüge von Arbeitslosen, Kranken, Streik- und Wagnisregelnunterstützung ist der Beitrag ebenfalls zu zahlen. Er beträgt bei einem Stundenverdienst

unter 80 Pfg.		40 Pfg. pro Woche	
von 80 bis 70 Pfg.	80	80	80
80 - 90	80	80	80
100 - 110	100	100	100
120 und darüber	120	120	120

Die beschlossene Beitragssatzung tritt mit dem 1. Oktober 1919 und die dadurch geschaffenen Unterstützungseinrichtungen treten am 1. April 1920 in Kraft. Bis zum 31. März 1920 werden ab 1. Oktober 1919 die Unterhaltungen nach den Sätzen des alten Statutes und nach der Höhe der gezahlten Beiträge gezahlt. Die Wagnisregelnunterstützung wird nur auf die Dauer von 4 Wochen gewährt. Abgelehnt wird die Karenzzeit bei den Unterhaltungen auf 7 Tage zu erhöhen. Es bleibt bei den bisherigen drei Tagen.

Neu ist die Notfallunterstützung die folgende Fassung erhält: An Mitglieder, die mindestens 60 Wochenbeiträge gezahlt haben, kann der Zentralvorstand bei außerordentlichen Notfällen auf Antrag der Ortsverwaltung eine einmalige Unterstützung gewähren. Die Höhe der Unterstützung richtet sich nach der Dauer der Mitgliedschaft, der Höhe der Beitragssatzung und nach der gegebenen Notlage.

Bei der Vorstandswahl

Es kam es noch einmal zu einer kurzen heftigen Debatte. Dabei wurde ausgesprochen, daß sich Vorstand und Redaktion nach den Entscheidungen der Generalversammlung zu richten haben. Es wurden gewählt: Zu Vorsitzenden mit gleichen Stimmen von 263 Stimmen Häsel mit 223 und Jäckel mit 260 Stimmen, Sekretären: Jehms und Brillwitz mit 243 Stimmen, Schatzmann: Häsel (223), Feinheits (223), Schulze (220) und Reichelt (203), Redakteure Dreffel (227) und Wagnere (209). Internationaler Verbandsrat Häsel und Häsel (209).

In der Besprechung über das Wahlprogramm wurde folgende bestimmt: Die Wahlen zu Gewerkschafts- und internationalen Textilarbeiterkongressen finden durch Wahl statt und wird zu diesem Zweck das Verbandsgebiet in 4 Wahlkreise eingeteilt. Die Anzahl der Delegierten bestimmt der Vorstand und Beirat. Neben den durch Wahl gewählten Delegierten soll der Verband auf diesen Kongressen durch einen der Vorsitzenden und ein weiteres Vorstandsmitglied sowie ein Mitglied der Redaktion vertreten sein. Die nicht aus der Wahl hervorgehenden Delegierten haben kein Stimmrecht. Den Redakteuren wurde folgende Entschädigung mit auf den Weg gegeben: Das Verbandsorgan hat im weitgehenden Maße die Sozialisierung der hierzu reifen Betriebe innerhalb der Textilindustrie zu propagieren und fortlaufend belehrend Artikel über Sozialisierungsmöglichkeiten in der Textilindustrie in wirtschaftlich sozialistischem Sinne zu bringen. Ueberhaupt ist der Kampf der revolutionäre sozialistischen Denkweise der Kollegen gegen den Kapitalismus in viel entschiedener, schärferer Form zu führen als dies bisher der Fall war.

Runder wurde die Neuregelung der Beamtensätze nach folgenden Sätzen vorgenommen: Zentralvorstandsmitglieder u. Redakteure erhalten ein Anfangsgeld von 7200 M., steigend bis 8040 M., Gauleiter u. Geschäftsführer 6600 steigend bis 8040 M., Hilfsarbeiter, die auch im Nebenberuf beschäftigt sind, 6960 steigend bis 7800 M., Hilfsarbeiter 5760 M., steigend bis 7200 M.; weibliches Hilfspersonal wird nach den tariflichen Vereinbarungen des Verbandes der Bureauangestellten bezahlt. Neben dem Gehalt werden gleiche Ortszulagen gewährt und zwar 240 M. jährlich. Die Sätze der Gehaltsstufen gelten ab 1. Juli 1919. Alle Angestellten erhalten eine Entschädigungssumme in der Höhe eines Monatsgehältes ausgezahlt.

Eine süddeutsche Organisation der dem. Wäckerer- und Härtbereiter ist zum Verband übergetreten.

Herrmann Buchholz beantragte, den Zentralvorstand zu beauftragen, bei der Regierung dahin zu wirken, daß für die Textilindustrie sofort Lehramter geschaffen werden mit den Nachbefugnissen, Mindestlöhne festzusetzen und durchzuführen. Paul Ronsdorf beantragte außerdem die Regierung zum Entschädigung der Arbeiter zu veranlassen, die die achtsündige Arbeitszeit einer Verfassung zu veranlassen, die die Arbeiter zu unterstützen für die Heimarbeit vorseht. Neben Anträgen wurde zugestimmt. Ferner wurde der Zentralvorstand beauftragt, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Höhe der Reichs-erwerbslosenunterstützung erhöht und den jetzigen Lohnverhältnissen angepaßt und auch die Ausfallkassen ermöglicht werden.

Dem Vorstand und dem Beirat wurde ein Antrag überwiesen, der den Druck des Verbandsorganes der „Gewerkschaft“ Druckeri entgegen zu stellen will. Dem früheren Redakteur des „Textilarbeiter“, Krähig wurde durch Annahme folgender Entschädigung abgerufen: Die Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes erklärt, daß der Kollege Krähig vom Deutschen Textilarbeiterverband als ihr Vertreter in der Reichsstelle für Textilindustrie nicht in Vorschlag gebracht worden ist. Da sich der Kollege Krähig in der Ausübung und Vertretung in wichtigen Angelegenheiten

Groß-Berlin.

Schieberzuder in Massen.

Dem „Vorwärts“ zur besonderen Beachtung.

Der „Vorwärts“ will bekanntlich seinen Lesern einreden, die Ursache, daß die Berliner Hausfrauen so überaus mangelhaft mit Zucker beliefert werden, läge in der schwachen Zuckerproduktion. Mit dieser die Tatsachen entstellenden Argumentation glaubt der „Vorwärts“ unserem Genossen Warten als früherem Ernährungsminister eins auszuweisen zu können. Wir haben bereits des öfteren nachgewiesen, daß der Grund der schlechten Zuckerbelieferung in der Hauptsache in dem mit Duldung der Behörden betriebenen Zuckerschleichhandel zu suchen ist. Hier ein neuer Beitrag dafür, den der „Vorwärts“ sich hoffentlich hinstern Spiegel stellt:

Treffende Ausführungen über den Schleichhandel mit Zucker machte gestern der Vertreter der Anklage in einer Strafsache gegen einen Zuckerschieber, den Gändler Franz Wernstein aus Neukölln. Der Angeklagte wurde beschuldigt, Zucker in Mengen von mehreren Zentnern für 4,50 Mark das Pfund eingekauft und für 7 Mark an eine sogenannte Bonbonschokerei in der Belferstraße verkauft zu haben. Der Kriminaloberwachtmeister v. Verjen, der dieses Treiben aufgedeckt hatte, beschlagnahmte unter anderem acht Zentner Zucker und stellte fest, daß Wernstein zweimal wöchentlich je sechs Zentner Zucker pelletiert hatte. Staatsanwalt Hoelsch bezeichnete den Fall als besonders charakteristisch für die jetzige Zeit. Während die Hausfrauen jammern, daß ihnen jetzt während der Obhutzeit kein Einmischzucker zugekauft werden kann, sei es überall möglich, Zucker zu unsinnigen Preisen, bis zu 9 Mark das Pfund, zu erlangen, der von den Zuckerfabriken auf irgendwelche Weise des hohen Verdienstes willen in die Kanäle des Schleichhandels geleitet werde. Das Publikum könne sich gegen diesen Betrieb nur durch Selbsthilfe wehren, indem es in jedem einzelnen Fall, in welchem Zucker zu Zuckerpreisen angeboten werde, sofort Anzeige bei dem Kriegswirtschaftsamt erstatte. Nur auf diese Weise sei es möglich, die Verluste des Zuckers zu ergreifen und endlich im Interesse jedes einzelnen Abkäufer zu schützen. Das Gericht folgte den Ausführungen des Anklagevertreters und erkannte gegen Wernstein auf 3 Wochen Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe.

Wiewohl bereits nun der „Vorwärts“, der in Nr. 377 ganz im Tonen der Schieber behauptet hat, der Schleichhandelszucker aus dem Auslande und sei geringfügiger Quantität, wie sehr der sehr der Schleichhandel die Rationierung beeinträchtigt.

Schwerer Eisenbahnunfall.

Heute um 9 Uhr vormittag ereignete sich auf der Strecke Potsdamer Ringbahnhof — Horkstraße ein schwerer Unfall. Eine stärkere Kolonne von Streckenarbeitern war mit der Verbesserung der Schienen der elektrischen Bahn Lichterfelde-Ost — Berlin Potsdamer Ringbahnhof beschäftigt. Gegen 9 Uhr vormittag fuhr ein elektrischer Zug von Lichterfelde nach dem Potsdamer Ringbahnhof, und infolge Kurzschlusses entstand eine Stichflamme, vor der die Kolonne sich zu retten suchte, indem sie auf das Nebengleis, auf dem die Ringbahnbrücke Wilmersdorf — Tempelhofer Stadtbahn führen, hinübersprang. In demselben Augenblick fuhr ein Lokomotivzug, der vom Potsdamer Vorortbahnhof kam, heran. Während sich der größte Teil der Streckenarbeiter in Sicherheit bringen konnte, wurden vier Arbeiter von der Lokomotive des Ringbahnhofs erfasst.

Die Leute trugen schwere Verletzungen davon. Einem Mann wurde der rechte Fuß von den Rädern der Lokomotive vom Leibe getrennt, während die anderen drei schwere innere Verletzungen erlitten. Die vier Leute wurden eine ganze Strecke von der Lokomotive mitgeschleift, ehe durch Zurufe der Lokomotivführer davon verständigt wurde, den Zug anzuhalten. Es wurden sofort die Hauptfeuerwache von dem Unfall verständigt, die mit einem Rettungswagen an der Unfallstelle erschien und vier Arbeiter ins Krankenhaus brachte.

Unterstellungen bei der Inspektion der Kraftfahrtruppen.

Bei der ehemaligen Betriebsstoffabteilung der Inspektion der Kraftfahrtruppen sind umfangreiche Veruntreuungen aufgedeckt worden die sich auf nicht weniger als 200 000 Mark belaufen sollen. Der Bahmeister Hofrichter, der dort als Kassenverwalter angestellt war, hat sich im Laufe seiner Tätigkeit, besonders nach der Umstellung in die Friedenswirtschaft, diese Unterstellungen zugehoben kommen lassen, die er durch falsche Eintragungen in die Bücher zu verschleiern wußte. Da der Umfah bei der Betriebsstoffabteilung außerordentlich hoch war, ist ihm dies auch lange Zeit gelungen. Als man jetzt dahinter kam, war er

bereits zur Flucht gerückt, für die er sich mit einer großen Zahl von Tausendmarktscheinen versehen hatte. Hofrichter wurde verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis Moabit eingeworfen. Das unterschlagene Geld hat er in Spiellubs und Pausen durchgebracht. Gleichzeitig kam man auch größeren Angehörigen mit Bezug auf die Spur, die von zwei anderen Angehörigen angeführt worden sind. Auch diese sind verhaftet worden.

Hier hat man einmal zufällig einen Schieber gefaßt. Welche laufen noch ordnungsgemäß frei herum?

Die Konkurrenz der Militärmusiker den Zivilmusikern gegen über wächst nachgerade ins Ungemessene. Zustände haben sich auf diesem Gebiet entwickelt, die alles in früheren Zeiten Dagegen weit in den Schatten stellen. Die Bemühungen der Zivilmusikerverbände, durch persönliche Verhandlungen mit den Militärmusikern zu einer vernünftigen Verständigung zu gelangen, waren bisher ohne resultat. Seitens des Reichswehrministeriums wurde ein Schlag gemacht, der durchaus gemeint wäre, die Grundlage für ein erträgliches Verhältnis zwischen Militär- und Zivilmusikern abzugeben. Die Militärmusiker sollten verpflichtet werden, sich hinsichtlich ihrer außerdienstlichen Musiktätigkeit streng an die Bestimmungen und Vorschriften der Musikervereinigungen zu halten. Die Musikorganisation sollte den außerdienstlichen Dienst der Militärmusiker regeln. Das trostlos am Ende des Jahres 1918 Militärmusiker regeln. Die Zivilmusiker können aber vom Staat so lange, daß sie vor denartigen Eingriffen in ihr Erwerbseinkommen geschützt werden. Sie verlangen daher vom Reichswehrministerium eine verbindliche Erklärung, ob den Militärmusikern das gewerbliche Musizieren verboten werden soll.

Was ein Musiker bei Probe verdient. Sonntagabend auf der Plattform der „R“-Strahlenbahn. Ein Feldgrauer mit einer Trompete und ein alter Mann unterhalten sich. „Ich bin beim Stadtmusiker beschäftigt“, erzählt der Feldgrauer. „Im Jahre des Bespruchs fragte der andere, was er denn als Musiker so habe.“ „Im vorigen Monat rund 580 M., dann noch freie Verpflegung und Wohnungsgeld... keine Sorge, nicht? Und dann kann ich am Tage noch ein paar Stunden privat „arbeiten“, etwa 10 M. pro Abend. Man kann's aushalten dabei.“

Zur Bekämpfung der Wohnungsnot. Der Staatskommission für das Wohnungswesen hat den Charlottenburger Magistrat zu einer weitgehenden Maßnahme ermächtigt. Er ist bevollmächtigt worden, zu bestimmen, daß ohne seine Zustimmung die Vereinigung mehrerer Wohnungen zu einer nicht vorgenommen werden dürfen. Ferner hat der Magistrat die Genehmigung erhalten, die Inhaber der großen Wohnhäuser, daß sie Zimmer für wohnungsfähige Personen abgeben. Falls ein Wohnungsinhaber sich weigert, seine Zimmer seiner Wohnung dem Wohnungsamt zur Verfügung zu stellen, ist der Magistrat berechtigt, zwangsweise vorzugehen. — Hoffentlich greift man aber auch der Wohnungsnot energisch durch.

Aus den Organisationen.

Neukölln. Die Urwahl zum Vorstand findet statt am Mittwoch den 24. Bezirkshofen. Donnerstag vorm. 9-11 Uhr bei Koffeln, Erstr. 8. Bege Beteiligung wird erwartet. Mariensfelde. Mittwoch abend 8 Uhr Les- und Diskussionsabend bei Bercke.

Bereinskalender.

Arbeitslose Lichtenbergs, Friedrichsfelde und Straus. Freitag in Café Bellevue, Hauptstraße 2. Versammlung mit wichtiger Tagesordnung.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Bielefeld. Redaktion „Freiheit“, e. O. m. b. H., Berlin. — Druck bei Lindendruckerei und Verlagsanstalt m. b. H., Schiffbauerdamm 14.

Die Freie Welt

Illustrierte Wochenschrift der U. S. P. D.

verwendet als erste sozialistische Zeitschrift

Bild als Waffe
für Sozialismus
gegen Militarismus
gegen Kapitalismus

20 Pfennig. Vierteljährlich 2,50 Mk.

fragen nicht in Vereinbarung mit der großen Mehrheit der Textilarbeiterschaft befindet, kann der Verband der Kollegen Krähig als Vertreter des Textilarbeiterverbandes in der Reichsstelle für Textilwirtschaft nicht anerkennen. Für die Härter und Stricker sollen in den nächsten Monaten Reichsfestungen stattfinden. Schließlich wurde dem Vorstand noch ein Antrag überwiesen, der die Verlegung des Vorstandes von Berlin nach Leipzig fordert. — Der Sitz des Ausschusses bleibt Wetzlar. Die nächste Generalversammlung findet in Weiskau statt. Damit werden die Arbeiten des Verbandes erledigt. Mit begeisterten Hochrufen auf die allgemeine Arbeiterbewegung, den deutschen Textilarbeiterverband und den revolutionären Sozialismus wurde die bedeutsame Versammlung, die den Verband ein tüchtiges Stück Weges vorwärts gebracht hat, geschlossen.

Gewerkschaftliches.

Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Am 5. Februar hatte die Regierung eine Verordnung über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe erlassen, die den Zweck hat, die Sonntagsarbeit der Handelsgewerbetreibenden zu beseitigen. Sonntagsarbeit soll demnach nur zulässig sein für den Verkauf von Lebensmitteln, für die Bevölkerung unbedingt am Sonntag bedürftig sind. Auch für die Spektationsbranche blieben Ausnahmestimmungen vorgelesen.

Die Verwaltungsbürokraten haben diese Regierungsverordnung indes nicht in der Weise durchgeführt, wie es notwendig ist. Am schärfsten steht es im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. Der dortige Regierungspräsident Wariels hat eine Verordnung erlassen, durch die für fast alle Läden auch an Sonntagen eine zweistündige Arbeitszeit zugelassen ist, was durchaus dem Geiste der Verordnung vom 5. Februar widerspricht.

Die kaufmännischen Angestellten sind darüber um so mehr eräutert, als es sich im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. nicht etwa um einen Regierungspräsidenten und wahlmännischer Zeit, sondern um einen Mann handelt, der erst von der gegenwärtigen Regierung eingesetzt ist.

Deutscher Gütsbeamten-Verband, Sitz: Berlin.

Am Sonntag, den 20. d. M., tagten im Herrenhaus Vertreter der Gütsbeamten aus allen Teilen Deutschlands. Nach einem eingehenden Referat, das die Notwendigkeit des engsten Zusammenhanges aller Gütsbeamten betonte, schloß die Teilnehmer der Versammlung einstimmig den Beschluß, sofort eine Organisation auf gewerkschaftlicher Grundlage zu gründen, die alle Gütsbeamten umfaßt. Darunter sind zu verstehen: Bankwirtschafts-, Bureau-, Beamten-, Post-, Trodnerei-, Kofferei- und Gärtnerbeamte, sowie sämtliche weibliche Angestellte dieser Fachgruppen.

Die Vereinigung führt den Namen: „Deutscher Gütsbeamten-Verband“ — freigewerkschaftliche Organisation —, sie erstreckt die sofortige Beseitigung der augenblicklichen Notlage der Gütsbeamten sowie die Förderung und Wahrung ihrer wirtschaftlichen und sozialpolitischen Ziele.

Zum Verbandsgeschäftsführer wurde Herr Paul Neß, früher langjähriger Sekretär des Berliner Vereins Deutscher Landwirtschaftsbauern, gewählt.

Jede gewünschte Auskunft ist unverbindlich. Schildungen usw. werden kostenlos zugesandt.

Geschäftsstelle des Deutschen Gütsbeamten-Verbandes:

Berlin SW. 11, Dehauer Straße 31, I.

Telefon: Berlin, Amt Kollendorf 168.

Die Reisebegleiter beschäftigten sich in einer Versammlung am 24. Juli in der Hauptsache mit dem Bericht vom Verbandstag in Stuttgart. Einige Redner übten an den Arbeiten des Verbandstages scharfe Kritik. Es wurde beschlossen, nach dem neuen Verbandstagsbeschlusse, die erste Beitragsstufe von 1 Mk. für männliche und die zweite von 80 Pf. für weibliche Mitglieder einzuführen. Als unbesoldete Mitglieder zum Verbandsrat wurden Volk, Dangel, Langer, Schwann und Schwanz gewählt. In Diskussion der Hauptfrage Gubian, Port und Wittun. Beschwerden über Streikigkeiten des Tarifvertrages sind nach wie vor an den Obmann der Arbeitnehmer Matuzala, Georgenkirchstraße, unter Angabe der Namen und des Falles zu richten. Die nächste Versammlung am 7. August, Engelauer 15, Saal 1: Beschlußfassung über Geltungsdauer des Tarifvertrages.

Vollversicherung. In der Nr. 351 der „Freiheit“ vom 20. Juli 1919, Beilage, befindet sich unter Gewerkschaftsbewegung ein Aufsatz: „An die Berichtenden der Vollversicherungsgesellschaften.“ In dieser Notiz ersucht uns nun die „Viktoria“, eine Erklärung zu veröffentlichen, daß diese Versicherungsgesellschaft nicht daran denke, das notwendige Inkasso abzuschaffen und dadurch Einkünfte trocken zu machen.

Wir geben von dieser Erklärung Kenntnis, bemerken aber noch, daß für die anderen genannten Versicherungsgesellschaften die Angaben zutreffen.

U. S. V. Wilmersdorf.
Mitglieder-Versammlung
Mittwoch, den 30. Juli, abends 7 1/2 Uhr in der Aula der Ober-Realschule, Auguststr. am Seepark
Tagesordnung:
1. Räteystem und Partei.
Referent: Genosse Dr. Edw. Knein.
2. Bericht von der Kreisgeneralversammlung.
3. Parteianglegenheiten.
Nach der Sitzung
Besprechung der U. S. V. Arbeiterräte.

Fortuna-Lichtspiele
Müllerstr. 12c.
Wegen kolossaler Anstieges bis
Donnerstag verlängert
§ 175
Anders als die Andern.
Aus dem Leben der Homosexuellen.
— Täglich 5 und 8 Uhr. —

FREIHEIT
Berlin NW 6 • Schiffbauerdamm 19
Genossen!
Vergelt niemals die „Freiheit“ als diejenige Zeitung zu nennen, die Euch zum Ankauf oder Verkauf veranlaßt hat. Der Anzeigenteil der „Freiheit“ muß überall beachtet und empfohlen werden. ♦ ♦ ♦ ♦ ♦

Danksagung.
Herzlichen Dank den Verwandten, Parteigenossen, Kolonisten, Ministern des Hauses Dolziger Str. 27 und dem Gen-Stimmung für die reuige Teilnahme am Begräbnis meiner lieben Frau u. Mutter
Anna Hirt.
In trauernden Hinterlassenen.
Hermann, Alfred und Walter Hirt.

Elektrische Lampen, drähte, Kabel, Linien, Trichter, Transformatoren, kauft Weinstadt, Charlottenburg, Lindenstr. 71.

Spiralbohrer höchsten Preisen, Gandystraße 3.

Spiralbohrer, Schrauben, leinen kauft Preis, Engelauer Str. 15, Sommerstr. 45, Wilmersdorf, Schöndahl, Relaiskasseler.

Kauf
Wein- und Schokolade jeden Posten zu guten Preisen, R. Nachmerlein, O. S. Charlottenberg, Wilmersdorf.

Arbeitsmarkt

Perfekte Anzeigen für Schnellpresse in jeder Stellung gesucht, Müller & Co. Belle-Alliancestr. 81.

Botenfrauen stellt ein Freiheitler, Spandau, W. S. Linderstr. 34.

Botenfrauen werden einstellt, Spandau, Lohde, Markussstr. 23.

Botenfrauen werden einstellt, Spandau, Lohde, Markussstr. 23.

Botenfrauen werden einstellt, Spandau, Lohde, Markussstr. 23.

Freiheit-Leser!
Unsere Leser des Frankfurter Viertels werden vom 1. August 1919 ab von der
Spedition Lohde, Markusstr. 23
beliebert. Sämtliche Bestellungen usw. bitten wir dorthin zu richten.

An unsere Leser, welche in den Straßenzügen zwischen Invaliden- und Elsasser Straße wohnen, richten wir das Ersuchen, ihr Abonnement vom 1. August 1919 ab bei dem
Spediteur Wutzky, Johannisstr. 9
aufzugeben.

Heil-Anstalt „Löser“
Hünzstraße 9, nahe Alexanderplatz, 9-1, 4-8.
Lern- u. Blinunterricht, Licht- u. Finnen-Behandl.

In den nachstehenden Speditionen werden sofort
Botenfrauen
eingestellt:
Berlin
Girschner, Eichener Straße 92, Döring, Steinmetzstr. 23, Haackbarth, Michaelkirchpl. 2.
Potsdam
Dobzauer, Kaiser-Wilhelm-Straße 38.
Charlottenburg
Lorenz, Wallstraße 68.
Wilmersdorf
Nessler, Hindenburgstraße 34.
Tempelhofer
Bartisch, Weederstraße 31.

Freiheit-Leser im alten Hansaviertel zwischen Bahnhofs-Bellvue und Bahnhofs-Tiergarten.
Vom 1. 8. ab werden unsere Abonnenten in vorstehendem Viertel durch den Spediteur Toraseller, Lübecker Straße 11, beliefert. Dorthin bitten wir unverzüglich die Bestellung aufzugeben.